

Die Kakophonie der deutschen EU-Landesvertretungen: Weniger wäre mehr

VON LÜDER GERKEN

Freiburg. Es ist ein offenes Geheimnis: Deutschlands Einfluss in Brüssel ist deutlich geringer, als er sein könnte. Ein wesentlicher Grund: Unser Föderalismus mit seiner Aufteilung der Staatsgewalt auf den Bund und 16 Bundesländer zersplittert die Wahrnehmung der deutschen Interessen. Und dazu leistet Bremen einen unrühmlichen Beitrag – zu seinem eigenen Schaden.

Die offizielle Einrichtung Deutschlands bei der EU ist die „Ständige Vertretung“. Sie bereitet die Sitzungen des Ministerrats vor, auf denen die wichtigen EU-Gesetze verabschiedet werden. Sie empfängt ihre Weisungen allein von der Bundesregierung – nicht vom Deutschen Bundestag und nicht von den Bundesländern. Die Bundesländer unterhalten – inoffizielle – Vertretungen in Brüssel. Sie sollen gegenüber der EU das Landesinteresse vertreten und können, wenn dieses von den gesamtdeutschen Belangen abweicht, diskret gegen

die Politik des Bundes arbeiten, sie im Einzelfall auch torpedieren.

Wenn zwei Bundesländer unterschiedliche Vorstellungen zur EU-Politik haben, können auch sie über ihre Landesvertretungen subtil gegeneinander arbeiten und sich neutralisieren. Selbst parteipolitisch begründete Meinungsverschiedenheiten zwischen einer SPD- und einer CDUgeführten Regierung lassen sich in Brüssel austragen. Eine Abstimmung der eigenen Position mit der der Bundesregierung und anderer Bundesländer unterbleibt in all diesen Fällen. Denn das würde ja den eigenen Spielraum einengen.

So kommt es in Brüssel immer wieder zu einer Kakophonie von oft widersprüchlichen Versuchen zur Einflussnahme aus Deutschland. Die eigenmächtigen Politik-Spielen der Bundesländer schwächen die Position Deutschlands bei den eigentlichen Verhandlungen zum Teil erheblich. Die EU-Kommission und die anderen Mitgliedsstaaten suchen sich – natürlich – diejenige

Meinungsäußerung aus, die ihnen am besten dient. Straff durchorganisierte Staaten wie Frankreich lachen sich angesichts des deutschen Meinungswirrwarrs ins Fäustchen.

Zusammen haben die Landesvertretungen 239 Mitarbeiter – deutlich mehr als die Ständige Vertretung der Bundesregierung. Nordrhein-Westfalen beschäftigt in Brüssel 28 Mitarbeiter, Niedersachsen 20, das Hanse-Office als gemeinsame Vertretung von Hamburg und Schleswig-Holstein 15 und Bremen zehn.

Wie verhält sich das zur Wirtschaftskraft der Länder? Pro zehn Milliarden Euro erwirtschaftetem Sozialprodukt kommt Nordrhein-Westfalen in Brüssel mit 0,5 Mitarbeitern aus, Niedersachsen und das Hanse-Office jeweils mit 0,9. Bremen dagegen leistet sich 3,7 Mitarbeiter. Die Bremer Vertretung ist also viermal so groß und teuer wie die von Hamburg/Schleswig-Holstein oder Niedersachsen und sogar mehr als siebenmal so groß und teuer wie die von Nord-

rhein-Westfalen. Das ist umso merkwürdiger, als Bremen gleichzeitig so klein ist, dass sein politisches Gewicht in Brüssel gegen Null tendiert.

Es mag ja sein, dass die nördlichen Bundesländer besondere Interessen haben, die sie auch in Brüssel vortragen wollen. Aber warum werden sie nicht wenigstens gebündelt? Hafen ist Hafen und Küste ist Küste. Die meisten EU-politischen Belange der norddeutschen Länder sind doch überaus ähnlich. Und wenn sie es einmal nicht sind, wäre es die Pflicht dieser Länder, sich zunächst untereinander zu verständigen, statt ihre Konflikte über Brüssel auszutragen, dort subtil gegeneinander zu arbeiten und so die deutsche Kakophonie noch zu vergrößern. Der Bremer Senat sollte daher rasch eine Zusammenlegung der Landesvertretungen der norddeutschen Bundesländer anstreben. Das würde das deutsche Koordinationschaos in Brüssel reduzieren, aufgrund der dann kombinierten Wirtschaftskraft die Schlagkraft norddeutscher

Interessen deutlich erhöhen und auch den maroden Bremer Staatshaushalt entlasten. Dass die Zusammenlegung möglich ist, zeigt das Hanse-Office.

Auch die Handelskammern der Küstenländer machen nichts anderes: Sie unterhalten eine einzige Vertretung in Brüssel, die IHK Nord. Und wenn die Abneigung gegen Hamburg allzu groß ist, wäre wenigstens eine Fusion der Bremer Vertretung mit der niedersächsischen angebracht. Oder ist selbst dafür das Geltungsbedürfnis des Bremer Senats zu groß?



Zur Person
Lüder Gerken, wurde 1958 in Bremen geboren. Er studierte Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Er ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik in Freiburg.